

Stufe für Stufe zur Mitwirkung

Die komplexen globalen Herausforderungen können nicht allein auf internationaler und nationaler Ebene gemeistert werden. Wichtige Bausteine zum Umgang mit ihnen finden sich auf lokaler Ebene. Partizipation ist dabei der Schlüssel, damit Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft gemeinsam eine enkeltaugliche Zukunft ermöglichen.

von Stefan Tittmann und Patrick Aeschlimann

Über Partizipation wird oft gesprochen, jedoch nicht selten aneinander vorbeigeredet. Waren die Informationsveranstaltung, die öffentliche Auflage und die Debatte an der Gemeindeversammlung für das Grossprojekt der Gemeinde nicht genug Mitwirkung? Die direktdemokratische Tradition in der Schweiz garantiert doch die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.

Der Begriff «Partizipation» stammt aus dem Lateinischen. Das Verb «participare» bedeutet «teilnehmen lassen, teilen, teilhaben an». In diesem Verb stecken die Wörter «pars, partis» für «Teil eines Ganzen» und «capere», was sowohl «nehmen» als auch

«ergreifen» bedeuten kann. Dass dieses «nehmen» und «ergreifen» historisch und auch aktuell nicht immer friedlich abläuft, liegt auf der Hand. Denn jemand muss bereit sein, Macht abzugeben, damit sich andere beteiligen können. Dies gilt insbesondere für die politische Partizipation, also für die Teilhabe und Beteiligung der Bevölkerung an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen.

Die formelle politische Partizipation beinhaltet die rechtlich vorgesehenen Beteiligungsformen, auf kommunaler Ebene etwa Wahlen, Abstimmungen, Gemeindeversammlungen oder öffentliche Auflage-

verfahren. Die informelle Partizipation umfasst alles Weitere, vom Jugendparlament über Mitwirkungsverfahren bis zur Demonstration. Sie steht auch Ausländerinnen und Ausländern oder Kindern und Jugendlichen offen, hat also einen inklusiveren Charakter.

Klarer Trend zur Inklusion

Partizipation ist keine neue Erfindung. Bereits in der Antike gab es bekanntlich demokratische Instrumente. Wer sich beteiligen durfte, war jedoch stark reglementiert. Dies änderte sich über Jahrhunderte hinweg nur wenig. Erst im 17. und 18. Jahr-



Am Mitwirkungstag in Egnach (TG) legten die Beteiligten den Grundstein für zwölf konkrete Projekte.

hundert wurden mit dem Aufkommen des Bürgertums politische Rechte für eine breitere Gesellschaftsschicht Realität – solange man männlich, mündig, nicht mittellos und kein Fremder war. Seither hat die Entwicklung hin zur Inklusion stetig zugenommen: Frauen erhielten in den letzten 100 Jahren politische Rechte. In den Kantonen Jura und Neuenburg haben Ausländer unterdessen das aktive und passive Wahlrecht. Ebenso in vielen Gemeinden der Romandie, in rund 20 Kommunen im Kanton Graubünden und in vier Ausserrhoder Gemeinden.

Auch Kinder und Jugendliche haben seit dem Inkrafttreten der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1989 das Recht auf Teilhabe, welches in der Schweiz seit 1997 immer verbindlicher verankert wurde (siehe auch Seite 16). Und in jüngster Zeit wird vermehrt versucht, auch Menschen mit Beeinträchtigungen die Mitwirkung zu ermöglichen. Formelle politische Partizipation allein reicht dafür aber nicht aus. Einige Gemeinden, insbesondere grössere Städte, haben die (informelle) Partizipation unterdessen auf unterschiedliche Weise institutionalisiert – so etwa St. Gallen mit dem kürzlich revidierten Partizipationsreglement.

Ist Mitsprache schon Partizipation?

Doch was ist nun wirkliche Partizipation? In der sozialen Arbeit wird häufig von Partizipationsstufen gesprochen. Je nach Modell sind es bis zu zwölf solcher Differenzierungen. Die meisten Autoren dieser Modelle sind sich einig, dass man auf den unteren Partizipationsstufen «Information», «Anhörung» oder «Mitsprache» noch nicht wirklich von Partizipation sprechen kann. Erst wenn «Mitbestimmung» oder «Mitentscheidung» ins Spiel kommen, erreicht man Partizipation. Die höchste Stufe ist die «Selbstorganisation» oder «Selbstverwaltung». Im Partizipationsverständnis des OZG Zentrums für Gemeinden sind die unteren Stufen («Information» und «Anhörung») die Voraussetzung für höhere Stufen der Partizipation. Und auch die höheren Stufen müssen sich im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten bewegen, denn auch die grösste Selbstverwaltung ist immer in einen grösseren politischen Kontext eingebunden.

Komplexe Herausforderungen, gemeinsame Lösungen

Gemeindeentwicklung findet immer im Zusammenspiel der Akteure im Dreieck von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft statt. Dieses Zusammenspiel wird ständig

Egnach 2030: freiwillig – engagiert – enkeltauglich

Der Anstoss kam aus der Energiekommission, in der sowohl Politikerinnen und Politiker als auch Mitglieder der Zivilgesellschaft Einsitz nehmen: Die Gemeinde Egnach (TG) mit rund 4700 Einwohnerinnen und Einwohnern soll mehr für die nachhaltige Energieversorgung und generell mehr für eine enkeltaugliche Gemeinde tun – und zwar möglichst unter Einbezug der ganzen Bevölkerung. Der Gemeinderat bewilligte einen schlanken partizipativen Prozess, begleitet durch das OZG Zentrum für Gemeinden. Die Kombination aus Bottom-up-Initialisierung und Top-down-Unterstützung durch den Gemeinderat mobilisierte: Am Mitwirkungstag des Prozesses «Egnach 2030» im März 2019 nahmen über 100 Personen teil, welche rund ein Dutzend Projekte initiierten.

Die Gemeinde steckte einen klaren Rahmen, gab ein starkes Commitment zum partizipativen Vorgehen ab und schuf Raum für die Entwicklung von Ideen. Daraus entstanden vielfältige Projektideen:

- > Die Gründung einer Energiegenossenschaft zur Förderung und Erzeugung erneuerbarer Energien wurde angeregt.
- > Die Entwicklung eines Werkzeugs, mit dem die Gemeinde gemeinnützige Aktivitäten gezielt fördern kann, wurde angegangen.
- > Eine Gruppe möchte mit einem Markt das Dorf beleben, eine andere den Jugendtreff erneuern.
- > Und in Zusammenarbeit mit der Südostbahn (SOB) wurde ein Bahnhof im Rahmen von Sanierungsarbeiten mit 20 Freiwilligen biodivers aufgewertet.

So nahm die Gemeinde ihre Rolle als «Ermöglicherin» wahr. Und das Beispiel zeigt: Auch ohne riesige Budgetposten kann man gemeinsam mit der lokalen Wirtschaft und der Bevölkerung viel erreichen.

Weitere Informationen: www.egnach2030.ch

neu ausgehandelt: Jugendtreffs etwa waren bis in die 1980er-Jahre keine Staatsaufgabe, die Kinder- und Jugendförderung fand praktisch ausschliesslich in der Zivilgesellschaft statt. Nach und nach setzte sich aber das Verständnis durch, dass der Staat etwa in der Jugendarbeit einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag leisten kann und soll.

In den letzten Jahrzehnten stand vor allem die Partnerschaft zwischen Staat und Wirtschaft im Fokus. Bisherige Staatsaufgaben wurden privatisiert und es entstanden neue Modelle der Zusammenarbeit, etwa die Public-Private-Partnerships (PPP). Gleichzeitig kamen die Organisationsstrukturen der Zivilgesellschaft, insbesondere das Vereinswesen, immer mehr unter Druck. Dabei lassen sich die komplexen Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft – von Pandemien über den demografischen Wandel bis zum Klimawandel – nicht ohne Einbezug aller relevanten Akteurinnen und Akteure bewältigen. Dies ist auch die klare Botschaft der Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals (SDGs), die den Rahmen für eine enkeltaugliche Gemeindeentwicklung bieten.

Das OZG Zentrum für Gemeinden begleitet Gemeinden in diversen Projekten, bei denen Partizipation ein integraler Bestandteil einer nachhaltigen Gemeinde-

entwicklung ist. Aktuell erarbeitet etwa die Gemeinde Vaduz in einem partizipativen Prozess und mit Unterstützung des OZG eine Nachhaltigkeitsstrategie. Dies kann nur gelingen, wenn ein gemeinsames Verständnis der Thematik gefunden werden kann. Partizipatives Vorgehen erhöht die Akzeptanz politischer Entscheide, bringt Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft näher zusammen und entlastet nicht zuletzt die Politik und Verwaltung, indem die Wirtschaft und Zivilgesellschaft stärker eingebunden und auch in die Verantwortung genommen werden.



Stefan Tittmann

Co-Leiter, OZG Zentrum für Gemeinden, OST – Ostschweizer Fachhochschule, stefan.tittmann@ost.ch, www.ost.ch/gemeinden



Patrick Aeschlimann

Wissenschaftlicher Mitarbeiter, OZG Zentrum für Gemeinden, Ostschweizer Fachhochschule, patrick.aeschlimann@ost.ch, www.ost.ch/gemeinden